



Ausgabe V/2021

Afghanistan und das Versagen des Westens

Militärische Gewalt ist das absolut falsche Mittel zur Durchsetzung der Menschenrechte!

Auch wenn die geopolitische Bedeutung der katastrophalen Niederlage der von den USA geführten westlichen Streitkräfte nicht an jene von Vietnam heranreichen wird, so hat sie diese, was die unvorstellbaren Kosten betrifft, auf jeden Fall übertroffen, die Dauer war mit jeweils 20 Jahren die gleiche. Dennoch halte ich es für legitim und angemessen, diese beiden aggressiven Militärinterventionen miteinander zu vergleichen und dies nicht nur wegen des für „den Westen“ blamablen Ausganges. Bei beiden handelte es sich um Aggressionen, welche in einem klaren neokolonialen Kontext standen, welche letztendlich aber auch die Unfähigkeit der in der Tradition der europäischen Kolonialmächte stehenden Interventionen, außereuropäische Territorien dauerhaft zu beherrschen, unter Beweis stellt.¹ So wie es auch in der Hochzeit des Kolonialismus in keinster Weise darum ging, den „zurückgebliebenen“ Asiaten und Afrikanern Kultur, Zivilisation, wirtschaftliche Entwicklung (und das Christentum) zu bringen, ging es auch im westlichen Imperialismus des 20. Jahrhunderts nicht darum, Demokratie und Menschenrechte zu exportieren. Für Angehörige der heutigen Generation² mag diese vereinfachte und verkürzte Analyse antiquiert erscheinen, sie ist aber aus meiner Sicht nach wie vor zutreffend. Auch der – in manchen Aspekten durchaus berechtigte – Hinweis, dass während des Kalten Krieges die Sowjetunion mitunter ebenfalls neokoloniale und imperialistische Ziele verfolgte und dass auch die VR China gegenwärtig ihre Beziehungen zu Staaten des armen

¹ Wer sich mit diesen Aspekten der Geschichte Afghanistans näher befassen möchte, sollte sich vor allem die britische Kolonialgeschichte in dieser Region näher ansehen. Diese endete – nicht nur in Afghanistan – mit einer katastrophalen Niederlage, eben zwei Jahrhunderte zuvor. Ich möchte in diesem Kontext besonders auf die im Beitrag von Hubert Thielicke zitierte Ballade von Theodor Fontane „Das Trauerspiel von Afghanistan 1859“ verweisen. Im Artikel von Matin Baraki haben wir auf Seite 20 das berühmte Gemälde über das Ende der britischen Kolonialtruppen in Afghanistan abgebildet. – Das zur „sieg- und erfolgreichen“ europäischen Kolonialgeschichte am Hindukusch.

² Meine persönliche politische Prägung stammt aus der Zeit der Vietnam- und Algerienkriege.

Südens nicht immer und überall auf der Basis gleichberechtigter und fairer Beziehungen gestaltet, widerlegt diese Einschätzung der Geschichte nicht.

Die Politik des Imperialismus und Neokolonialismus endlich beenden!

Leider scheinen die USA und ihre treuen Vasallen in Europa und in Ozeanien noch immer nicht gewillt zu sein, die richtigen Konsequenzen aus dieser lange Reihe von katastrophalen Niederlagen zu ziehen. Wir veröffentlichen daher in diesem Heft bewusst einige Beiträge, welche Gegenpositionen zum gegenwärtigen Mainstream vertreten. Dies mag für manche Leser*innen verstörend wirken, ich halte diese Provokationen jedoch für nötig. Ich verweise daher besonders auf die aus unterschiedlichen Perspektiven verfassten Beiträge von Matin Baraki, Helmut Dahmer und Hubert Thielicke.

Zum Beitrag von Hubert Thielicke noch einige Feststellungen: Er berichtet über eine jüngst in Usbekistan, einem der nördlichen Nachbarstaaten von Afghanistan, stattgefundenen Konferenz, welche sich mit der zukünftigen Entwicklung in Zentral- und Südasien befasst hat. Angesichts der kurz danach stattgefundenen „Machtübernahme“³ der Taliban in Afghanistan also eine hoch aktuelle und äußerst wichtige Initiative. Dass an dieser Konferenz keine hochrangigen Vertreter*innen westlicher Staaten teilnahmen, ist weiter nicht überraschend, dass aber die jüngste Tagung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), der mit Ausnahme von Turkmenistan sämtliche Staaten Zentral- und Südasiens angehören und die mit über 50% der gesamten Weltbevölkerung weltweit größte regionale Organisation ist, in der westlichen Poli-

³ Bei dieser Gelegenheit ist es mir ein Anliegen, wieder einmal darauf hinzuweisen, dass diese „Machtübernahme“ de facto das Ergebnis der Vereinbarungen von Doha zwischen den USA und den Taliban war und ist. Diese Verhandlungen wurden von den beiden Parteien hinter dem Rücken der afghanischen Vasallenregierung der USA und auch weitgehend ohne Einbindung der am Afghanistankrieg beteiligten westlichen US-Alliierten geführt.

Besucht den YouTube-Kanal von **International**

<https://www.youtube.com/c/InternationalZeitschrift/videos>

tik – leider auch in den Medien – absolut keinerlei Beachtung fand, ist einigermaßen überraschend, andererseits charakteristisch für die politische Arroganz der USA und der anderen führenden westlichen Staaten. Dass die SOZ bei ihrer jüngsten Tagung auch einen umfassenden Wiederaufbauplan für Afghanistan beschlossen hat und auch ihre Bereitschaft zur Beteiligung an einer weltweiten Aufbauaktion Afghanistans klar zum Ausdruck gebracht hat, ist angesichts der weitgehend planlosen Redereien von „Hilfe vor Ort“ seitens der meisten westlichen Regierungen bemerkenswert. Die USA und ihre Alliierten scheinen den Wiederaufbau von Afghanistan zu einer exklusiven westlichen Aktion machen zu wollen. So, wie sie ja auch die Zerstörung des Landes alleine bewerkstelligt haben...

Ich habe mir erlaubt, zu einigen Aspekten dieser Arroganz, die auch besonders die österreichische Bundesregierung auszeichnet, einen Kommentar in der Wiener Zeitung zu veröffentlichen. Wie bei vielen Bereichen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik scheinen auch hier wieder die Prinzipien der Plan- und Hilflosigkeit zu dominieren.⁴

Menschenrechte sind universell

Die Frage der Menschenrechte ist natürlich auch beim Afghanistankonflikt von hervorragender Bedeutung. Dass die Taliban, so wie andere islamistische Bewegungen auch, fundamentale Menschenrechte wie Gleichberechtigung der Frauen, Nichtdiskriminierung religiöser und ethnischer Minderheit u.ä. verletzen, ist eine höchst bedauerliche und absolut inakzeptable Tatsache. Dass aber auch jene Staaten, welche den Taliban dies zum Vorwurf machen, es mit der Beachtung der Menschenrechte selbst nicht besonders ernst nehmen, wird leider hingenommen. Dass die USA und zwar nicht nur bei ihrem „Kreuzzug gegen den islamistischen Terror“ Menschenrechte verletzen, sollte doch zu Denken geben.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf eine neue INTERNATIONAL-Kolumne verweisen. Vor kurzem wurde in Wien eine neue Organisation ins Leben gerufen, welche sich verstärkt Fragen der Menschenrechte widmen wird. Es ist dies das „Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte“. Wir unterstützen diese wichtige Initiative und werden ab dieser Ausgabe auch regelmäßige Kolumnen des Forums veröffentlichen. In dieser Ausgabe präsentiert dessen Vorstandsvorsitzender Univ. Prof. Hannes Tretter diese neue wichtige Institution.

Über die bereits erwähnten Beiträge hinaus bietet diese Ausgabe von INTERNATIONAL auch wieder ein breites Spektrum unterschiedlicher Artikel. Es beginnt mit dem Kommentar der Wiener Politikwissenschaftlerin Sieglinde Rosenberger zur Migrationspolitik, ein Bereich, in dem leider die Österreichische Bundesregierung seit langem für negative Schlagzeilen sorgt. Wir behandeln dieses Thema auch auf unserer Europaseite, wo sich Sven Schebeck ausführlich und detailliert mit den höchst fragwürdigen – und auch menschenrechtswidrigen – Maßnahmen im Bereich der Grenzsicherung und der Flüchtlingsabwehr befasst. Besonders empfehlen möchte ich die Beiträge des Innsbrucker Politikwissenschaftlers Gerhard Mangott über die jüngsten Parlamentswahlen in Russland (hier gibt es auch ein ausführliches Gespräch auf unserem

YouTube-Kanal), der Ökonomin Martina Neuwirth über Pläne zur Neugestaltung des Steuersystems sowie unseres Afrikakorrespondenten Günther Lanier über den jüngsten Militärputsch in Guinea. Berichte über die schwedische Coronapolitik, Senegal, Haiti und Aktionen gegen internationale Kinderarbeit runden ein lesenswertes Heft ab.

Deutschland, Österreich – was bringt die Zukunft?

Zum Abschluss möchte ich mir noch einige kurze Feststellungen zu innenpolitischen Entwicklungen in Österreich und Deutschland erlauben, welche aber durchaus auch mehr oder minder gewichtige außenpolitische Auswirkungen haben können/werden.

Ob der Rücktritt von Sebastian Kurz als österreichischer Bundeskanzler unmittelbare Auswirkungen haben wird, ist fraglich, da ja die türkis-grüne Koalition weiter bestehen bleibt – wie lange auch immer – und mit Alexander Schallenberg ein treuer Vasalle übernommen hat. Österreich wird also in Europa auch weiterhin Wortführer der menschenrechtsverachtenden Migrationsgegner, der finanzpolitisch Geizigen und der Befürworter einer raschen Aufnahme der Westbalkanstaaten (zumindest verbal) sowie inoffizieller Sprecher der Visegradstaaten bleiben. Und international zeigen eine soeben abgeschlossene Kooperationsvereinbarung des Österreichischen Bundesheeres mit Teilen der US-Nationalgarde und die vertiefte Kooperation mit der NATO deutlich an, dass es diese Bundesregierung mit der völkerrechtlichen Neutralität Österreichs ohnedies nicht besonders ernst nimmt. Kurzfristig bleibt es also beim Alten.

In Deutschland wird es schon spannender. Die Ampelkoalition scheint also in trockenen Tüchern (Dieses Editorial wurde am 10.10. verfasst, einen Tag nachdem die Aufnahme konkreter Koalitionsverhandlungen in Berlin bekanntgegeben worden ist.) Wenn man den bisherig bekannten Ergebnissen der Sondierungsgespräche glauben darf, so wird 1. Außenpolitik keine besondere Priorität bei der Ampelkoalition spielen und 2. Dürfte es eine weitgehende Fortsetzung der bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik geben. Also: weitere Auslandskampfeinsätze der Bundeswehr (a la Afghanistan), verstärktes militärisches Engagement in der EU-Nachbarschaft (Sahelzone). Wie sich die Ampel bei Konfliktthemen wie N-Stream 2 verhalten wird, bleibt spannend, da wird es noch ein rot-grünes Match geben. Bei der Asyl- und Migrationspolitik wird es wohl noch am ehesten beim Bisherigen bleiben. Für INTERNATIONAL ist es jedenfalls spannend und interessant, dass die Außenpolitik in den bislang veröffentlichten Papieren nicht einmal mehr vorkommt. Wir werden jedenfalls ausführlich darüber berichten. Bis dahin darf ich auch auf Stellungnahmen der taz und der NachDenkSeiten verweisen.⁵

Somit möchte ich abschließend wieder einmal auf unseren zuletzt stark ausgeweiteten YouTube-Kanal verweisen, wo wir regelmäßig über wichtige und aktuelle Themen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen berichten und diskutieren. 🌐

Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at

⁴ <https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2124024-Afghanistan-braucht-Zusammenarbeit.html>

⁵ <https://taz.de/Aussenpolitik-bei-Sondierungen/!5805674/>